



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Dienstag & Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

INFO 40

Mahlow, im August 2005

In BVBB-INFOS lesen Sie, was Sie in Ihrer Zeitung vermissen.
Lesen Sie auch unsere Webseite www.bvbb-ev.de. Dann sind Sie informiert!

Plan C - Schönefeld soll schleichend zum Großflughafen ausgebaut werden!

Vehement und mit treuherzigem Augenaufschlag bestreiten FBS und ihr Aufsichtsratsvorsitzender Wowereit (SPD) die Existenz eines Planes B zur Suche nach einem neuen BBI Standort, um gewappnet zu sein, wenn das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes den Klägern Recht geben sollte.

Was sie aber verschweigen, sie setzen derzeit bereits ihren **Plan C** zum schleichenden Ausbau von Schönefeld zum Großflughafen bei Regelnutzung der Nordbahn um.

Wowereit, Platzeck, die FBS und die Planfeststellungsbehörde haben den Glauben aufgegeben, mit einem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss den Neubau von Schönefeld beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig durchsetzen zu können. Die erfolgreichen Klagen der BVBB-Kläger haben im ersten Klageschritt den Baustopp für den geplanten Neubau erzwungen.

Um das Gesicht nicht völlig zu verlieren soll nun aus Schönefeld herausgeholt werden, was eben herauszuholen ist. Plötzlich die Erkenntnis: Wenn wir die noch von der DDR-Regierung wegen unzumutbarem Lärmterror und unglaublicher Katastrophengefahr praktisch stillgelegte Nordbahn wieder in Betrieb nehmen und aus der Südbahn alles herausholen, was die An- und Abflugtechnik hergibt, müssen wir nur weitere Abfertigungsgebäude bauen und fertig ist ein Flughafen für 18 Mio. Passagiere pro Jahr. Es ist kein Zufall, dass der Bau der A 113 neu zwischen Schönefeld und Waltersdorf seit über einem Jahr eingestellt ist. Der Planfeststellungsbeschluss zur A113 neu sieht für den Fall des Scheiterns von BBI die Tunnelung der heutigen Nordbahn vor, um diese als Start- und Landebahn zu erhalten (Kosten ca. 50+ Mio. €). In Tegel sind auch noch ausreichende Kapazitäten für weitere 10 Millionen auf gesamt 22 Millionen Passagiere/Jahr vorhanden. So kommt man mit den vorhandenen Flughäfen locker auf eine Kapazität von 40 Mio. Pax.

Diese Möglichkeiten waren allen Experten schon immer bekannt. Da fragt man sich, warum seit 14 Jahren der Unfug eines neuen Großflughafens am Standort Schönefeld geplant wurde, warum für dieses Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt 1,4 Mrd. EU Steuergelder in den Sand gesetzt wurden, rechtswidrige Landesentwicklungspläne das Licht der Welt erblickten, die Privatisierungsversuche scheitern mussten und Bevölkerung und Gemeinden sich dem Joch eines Planfeststellungsverfahrens zu unterwerfen hatten.

Wenn wir es gemeinsam wollen, können wir auch den Irrsinn des *Plan C* zunichte machen.

Natürlich werden Stolpe, Wowereit und Platzeck und ihre Zustimmungsmaschinen in Parteien und Parlamenten die Folgen für die betroffene Bevölkerung ignorieren. Es macht ihnen nichts aus, wenn Bohnsdorf durch die Nutzung der Nordbahn einem Lärmterror und einer Katastrophengefahr ausgesetzt wird, die selbst die angeblich so menschenfeindliche DDR für unzumutbar hielt. Zur Erläuterung ein kleiner historischer Exkurs: Noch im Sommer des Jahres 1990 zog DDR-Gesundheitsminister Kleditsch eine Ausnahmegenehmigung zum uneingeschränkten Flugbetrieb aus dem Jahre 1986 wegen der unerträglichen Lärmbelastungen der vornehmlich Bohnsdorfer Bevölkerung per 01.06.1990 zurück, so dass dies praktisch einem Nachtflugverbot und einem Nutzungsverbot der Nordbahn gleichkam. Bis zum 20.09.1990 wurde dann ergebnislos zwischen der FBS und dem DDR-Verkehrsministerium hin und her gemauschelt. In einem Akt der „freiwilligen Selbstbeschränkung“ sicherte die schließlich FBS zu, den Betrieb der Nordbahn auf maximal 10% des SXF-Jahresaufkommens zu beschränken, bis dann die Betriebsgenehmigung des Flughafen Schönefeld, die Weisung des Gesundheitsministers ignorierend, auf einem Formularblatt für Segelflugplätze vom 20.09.1990 den unhaltbaren

Unser Spendenkonto für Bürger, die kämpfen wollen:
Konto-Nr.: 7188733004 bei der Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00

Zustand für ewige Zeiten als "Bestand" schützte. Denn nur 13 Tage später, ab 03. Oktober 1990, dem Tage des DDR-Beitrittes zur BRD genoss diese Betriebsgenehmigung durch den Einigungsvertrag Bestandsschutz. Im Rechtsstaat BRD hätte der Flughafen Schönefeld niemals eine Betriebsgenehmigung auf Basis des aktuellen Luftfahrtrechtes erhalten. Somit wird heute auf der Rechtsbasis des ansonsten DDR-Unrechtsstaates in Schönefeld auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung geflogen.

Stolpe, Wowereit und Platzeck werden auch hinnehmen, dass die Menschen in der Einfugschneise von Tegel mit einer quasi Verdoppelung ihrer Belastungen rechnen müssen. Dass die Menschen zwischen Erkner/Grüneide und Ludwigsfelde dann wirklich keine Nachtruhe mehr finden, ist den Herrschaften ohnehin völlig egal.

Nachdem die Versager Ihr Bestes auch ohne Ihre Zustimmung bekommen, wollen sie nun wieder Ihr Zweitbestes - Ihre Stimme zur Bundestagswahl

Weil Bundeskanzler Schröder fühlte, dass ihm SPD und Grüne für seine Versagerpolitik keine Mehrheit mehr verschaffen können, sollen wir alle am 18. September die Versager wieder wählen. Niemand darf sich Illusionen machen, alle Parteien werden rücksichtslos auch nach dem 18. September den Großflughafen BBI in Schönefeld bauen wollen. Wer also irgendeiner Partei, sei es SPD, CDU, PDS, Grünen oder FDP seine Stimme gibt, der wählt auch den Großflughafen Schönefeld. Er liefert den Strick, an dem ihn die dann wohlbestallten Abgeordneten aufhängen werden. Er stimmt für den Lärm über Haus und Grundstück, für Absturzgefahr und Entwertung seines Eigentums. Konsequenterweise haben sie darum keine Wahlmöglichkeit. Trotzdem können sie mit dem Stimmzettel sagen, was sie denken. Sie können ihn in der Wahlkabine ungütig machen und so auch noch verhindern, dass die Partei für ihre Stimme Geld aus dem Steuersäckel bekommen.

Lassen Sie sich nicht täuschen, wenn mit warmen aber nichts sagenden Sprüchen die Kandidaten auf Wahlveranstaltungen die Wahrheit verschleiern, Verständnis für sie aufbringen und Ihnen mit dialektischen Dummheiten noch erklären, dass sie eigentlich auch gegen den Großflughafen Schönefeld sind. Denken Sie an die richtige Reihenfolge: Zuerst will der Kandidat sein eigenes Wohl (dicke Diäten, gute Rente, kostenlos in der Welt herumfliegen, Einladungen auf Sekt und Kaviaretagen), dann das Wohl seiner Partei, die ihn durch Mausecheln in Hinterstuben das Mandat verschafft hat. Zuletzt kommt der beflissene Bürger, der das will, was ihm und seiner Partei in den Kram passt. Wenn Sie noch Zweifel haben, machen Sie die BBI-Position der Kandidaten zum Prüfstein: Fragen Sie Ihren Kandidaten, ob er auch gegen den BBI vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig geklagt hat!

Der Wahrheit die Ehre: Der einzige uns bekannte Kandidat, der sich seit Jahren konsequent gegen den BBI-Standort in Schönefeld wendet, heißt Peter Danckert (SPD), Wahlkreis Dahme-Spreewald.

Billigfliegerverrücktwirtschaft

Stolz verkündet die FBS, dass sie sich mit allen Verkehrsfluggesellschaften auf neue Tarife für die Nutzung der Berliner Flughäfen geeinigt hat. Seit Monaten kürzten von Lufthansa bis Air Berlin alle Fluggesellschaften ihre Start- und Landegebühren. Grund: Sie wussten, dass die FBS, genehmigt von ihren Aufsichtsratsmitgliedern, u. a. Wowereit und Platzeck, den so geliebten Billigfliegern nur einen Bruchteil der Gebühren abknöpfte, die sie zahlen mussten. Genaues wussten sie nicht, denn die FBS weigert sich bis heute die Subventionsverträge für Easyjet offen zu legen. Sie wollte nicht bekennen, dass ihr produzierter Billigfliegerboom aus den Landeshaushalten vom Steuerzahler finanziert werden muss. Jetzt ist es heraus! Die neue Gebührenordnung mit als Rabatten verschleierte Subventionen für alle Fluggesellschaften kostet die Berliner und Brandenburger Steuerzahler in 2005 sicher wenigstens 40 Mio. EURO. Auch Tegel wird nun keine Gewinne mehr machen. Dafür werden Lärm- und Katastrophengefahr mit jeder Steigerung der Überflüge zunehmen. Easyjet und alle anderen Fluggesellschaften lachen sich in's Fäustchen, weil die Steuerzahler ihnen dicke Gewinne in die Tasche zahlen. Gleichzeitig sorgen Wowereit und Co. dafür, dass Bahn- und Busunternehmen Kunden verlieren, die natürlich die subventionierten Billigflüge nutzen, um in ausländischen Ferienzeilen ihr Urlaubsgeld auszugeben. Das ist weder volks- noch betriebswirtschaftliche Vernunft! Das ist Billigfliegerverrücktwirtschaft, die sich zwei bankrotte Bundesländer leisten, um verkünden zu können, wie viel Flugzeuge in Berlin mehr fliegen.

Unser Spendenkonto für Bürger, die kämpfen wollen:
Konto-Nr.: 7188733004 bei der Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Der BVBB informiert vor Ort

Sie erfahren, was Sie in Zeitungen nicht lesen!

Auf zum Protest gegen den Nachtfluglärm und *Plan C*

Wir werden demonstrieren was es bedeutet, nachts nicht schlafen zu können. Darum der BVBB-Nachtprotest gegen die Brutalität der Nachtfluggenehmigung. Wir treffen uns mit Kind und Kegel zum Fackelzug und mehr

**am Freitag, den 21.10.2005
um 23:00 Uhr
am S-Bahnhof Grünbergallee
(gegenüber Hornbach)**

Wir werden demonstrieren, was Störungen der Nachtruhe bedeuten!
Wir werden demonstrieren, dass wir uns durch eine verrückte Flughafenpolitik nicht mehr vergewaltigen lassen. Wir werden demonstrieren, dass wir, das Volk, bestimmen, wie wir leben wollen. Wir lassen uns nichts mehr gefallen: Genug ist genug!

Bohnsdorfer, macht Schluss mit diesen politischen Weicheiern!

Verlasst Euch nicht mehr darauf, dass andere, Mitglieder des BVBB oder auch andere betroffene Gemeinden, die Kastanien für Euch aus dem Feuer holen, weil die politische Klasse des Bezirks Treptow Köpenick Euch abgeschrieben hat! Weder der Bürgermeister, Ulbricht, noch die politischen Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung werden einen Finger krümmen, um Bohnsdorf lebenswert zu erhalten. Das ist die nackte Wahrheit über Eure Zukunft. Der BVBB wird Euch erklären, was Euch mit *Plan C* erwartet und wie Ihr den politischen Versagern aufs Dach steigen könnt.

**Wir laden alle Bohnsdorfer Bürger
zu einer Protest- und Informationsveranstaltung ein!**

**am 14.09.2005 um 19:00 Uhr
in der Kulturküche in Bohnsdorf
in der Dahmestraße**

Es sprechen:

**Ferdi Breidbach - Vorsitzender des BVBB
Gunnar Suhrbier - Vorstandsmitglied des BVBB**

Unser Spendenkonto für Bürger, die kämpfen wollen:
Konto-Nr.: 7188733004 bei der Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Der BVBB informiert die Mitglieder der Gemeinden Blankenfelde/Mahlow und Diedersdorf über *Plan C*,

den nun geplanten schleichenden Ausbau von Schönefeld zum Großflughafen. Die Folgen müssen Sie kennen. Wie wir uns dagegen wehren, werden wir Ihnen sagen auf unserer

Protest- und Informationsveranstaltung am 09.09.2005 um 19:00 Uhr im großen Saal der "Grünen Passage" am Brandenburger Platz in Blankenfelde

Es sprechen:

Ferdi Breidbach - Vorsitzender des BVBB

Gunnar Suhrbier - Vorstandsmitglied des BVBB

Wehrt Euch!

"Macht kaputt, was Euch kaputt machen soll!"

Lasst uns gemeinsam mit allen Mitteln den schändlichen Versuch auf krummen Wegen und durch die Hintertüre den **Plan C** durchzusetzen zunichte machen. Unsere Aussichten sind hier ebenso gut wie bei unserem Kampf gegen den BBI in Schönefeld vor dem Bundesverwaltungsgericht, so wie wir dort den Baustop schon durchgesetzt haben.

Lasst den Gemeindevertretern, den Abgeordneten und den Bürgermeistern keine ruhige Stunde mehr. Zeigt ihnen, dass sie begreifen müssen, dass Schluss damit ist, den Fluglärmterror vor den Menschen zu schützen und die Katastrophengefahr zum Lebensinhalt zu erklären. Schreibt ihnen hierzu Eure Meinung oder rückt ihnen wo es möglich ist auf die Bude. Macht Euch in Gemeindevertreterersitzungen Luft. Dies ist Euer gutes Recht!

Und wenn man Euch nicht zuhört, macht am 18. September die Wahlzettel ungültig! Denn jede Wählerstimme bekommen die Parteien aus dem Steuersäckel vergütet! Sprecht die einzige Sprache, die die führende Politikerkaste von heute offenbar nur noch versteht: die Sprache des Geldes!

Wer A sagt, muss auch C sagen

Im Kampf gegen den Neubau BBI können wir berechtigt hoffen vor dem Bundesverwaltungsgericht endgültig zu gewinnen. Nun gilt es **Plan C** den Kampf anzusagen. Wenn unser aller Kampf in den letzten Jahren nicht umsonst gewesen sein soll, dürfen wir uns von den winkeladvokatischen Trickereien von Politik und FBS eines **Schönefeldplan C** nicht überfahren lassen.

Wir lassen uns nicht in den Rücken schießen!

Wer jetzt aufgibt, lässt es zu, dass der Großflughafen BBI in Schönefeld auch als **Plan C** gebaut wird. Er akzeptiert auch, dass er und seine Kinder und Kindeskinde unter Lärmterror, Katastrophengefahr und Entwertung von Eigentum leiden werden. Wer die Gesundheitsgefahren des Lärmterrors in Kauf nehmen will, keine Nachtruhe benötigt, Überflüge im 10- Minutentakt und im Minutentakt am Tage will, der sollte jetzt aufgeben. Wer jetzt sparen will in der Hoffnung, dass schon alles nicht so schlimm wird, der gibt Politik und FBS Recht und macht sein und das Lebensumfeld seiner Kinder zum Katastrophengebiet.

Wer aber will, dass die Mitglieder des BVBB, die schon über 3 Millionen Euro für den Abwehrkampf an Spenden und Beiträgen aufgebracht haben, dies auch in Zukunft tun sollen, der sollte mithelfen und unterstützen! Wer will, dass der BVBB so oder so den Neubau oder Ausbau von Schönefeld zum Großflughafen verhindert, der wird Mitglied, ringt sich in eigenem Interesse zu einer Spende durch oder sammelt in seiner Umgebung Spenden. Schluss mit der unsolidarischen Trittbrettfahrerei!

Wir brauchen jeden EURO für unsere ehrenamtliche Arbeit, im Interesse einer Zukunft ohne Lärmterror, Katastrophengefahr und Eigentumsvernichtung.

Denken Sie einmal nach, geben Sie sich einen Ruck, stehen Sie nicht im Abseits!

**Unser Spendenkonto-Nr: 71 887 330 04
bei der Berliner Volksbank BLZ: 100 900 00**

Bitte auf Überweisungsformular deutlich als Spende kennzeichnen. Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch entsprechend den geltenden gesetzlichen Regelungen ausgestellt.

Kumpanei mit dem Verursacher

Wer Fluglärmbeschwerden einreicht und dem sich so nennenden Fluglärmbeauftragten des Landes Brandenburg mitteilt, dass der Fluglärm unerträglich ist und ihm die Nachtruhe raubt, der reibt sich über die nichtssagenden und Tatsachen verschleiernenden Antworten die Augen. Er bekommt von der Behörde mitgeteilt, dass nur zugelassene Flugzeuge fliegen und dass nach den Lärmessdaten der FBS alles gar nicht schlimm ist. D. h.: das Land Brandenburg setzt die Messdaten des Verursachers, der FBS, in den Stand einer behördlichen Tatsache. Diese Kumpanei hat mit rechtsstaatlichem Behördenhandeln nichts zu tun. Sie zeigt aber: In Brandenburg und Berlin haben die Behörden den Auftrag den Flugverkehr vor der Bevölkerung zu schützen. Das ist nackte Diktatur zur Durchsetzung von Gewinnen für Fluggesellschaften, auch wenn sie ihren Sitz im Ausland haben. In Berlin und Brandenburg setzt man zu Gunsten der Luftverkehrspolitik den Rechtsstaat und den Grundrechtsschutz auf körperliche Unversehrtheit außer Kraft. Das ist serviles Beamtenverhalten zu Diensten von Politikern, die den Rechtsstaat so missbrauchen und beugen, wie sie ihn wollen.

Ein offenes Wort an die Bürgermeister und Gemeindevertreter aller Gemeinden zwischen Erkner/Grünheide und Ludwigsfelde

Als für Ihre Gemeinden und die Bürger Ihrer Gemeinden verantwortliche Entscheidungsträger müssen Sie sich so schnell wie möglich ein Bild darüber verschaffen, was der **Plan C** für die Zukunft Ihrer Gemeinden bedeutet.

Nach Ihren Erfolgen der Klagen vor dem OVG Frankfurt/Oder soll nun auf „kaltem Wege“ mit dem **Plan C** das Recht der Gemeinden und der Schutz Ihrer Bürger umgangen werden. Hier die noch vertraulichen Planungen der FBS, der Brandenburger Landesregierung und des Berliner Senats:

- Mehrere Anwaltskanzleien und willige Beamte der Behörden basteln an einem nun 3. Landesentwicklungsplan „Standortsicherung Flughafen“. Ziel hierbei ist ein Rechtskonstrukt, das eine Beteiligung der Gemeinden minimiert oder unmöglich macht.
- Alle Rechtszüge sollen auf Rechtssicherheit für einen schleichenden Ausbau von Schönefeld abgestellt werden.
- Letztlich soll dann die Flughafenkapazität auf 18 Millionen Passagiere/Jahr ausgeweitet werden.
- Dabei wird auf einen schleichenden Gewöhnungsprozess der Bevölkerung abgestellt.
- Generell gehen Platzeck und Wowereit davon aus, dass die Gemeindevertretungen wegen der Kosten von Gerichtsverfahren und Gutachtern nicht mehr bereit sind, ihre Rechte in womöglich 3 Instanzen zu erstreiten. Zudem spekulieren sie auf ihre politischen Durchgriffsmöglichkeiten auf Gemeindeverwaltungen und über die Parteien.

Waffengleichheit

Eigentlich gehörte es zum anständigen Verhalten von Regierungen und Behörden für eine Waffengleichheit zwischen Bürgern, dem Staat und Investoren einzutreten, wenn Großprojekte die Rechte und Interessen von Bürgern beeinträchtigen. Nichts davon bei Wowereit und Platzeck, der Brandenburger Regierung und dem Berliner Senat und den politischen Parteien. Nichts davon gehört zur Anstandsregel dieser sich so schimpfenden Volksvertreter! Nein, das Gegenteil ist der Fall! Ohne Skrupel werden Milliarden Steuergelder für das Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt „Neubau von Schönefeld zum Großflughafen“ in den Märkischen Sand gesetzt. Ohne Skrupel werden von Steuergeldern teuerste Rechtsanwaltskanzleien und unzählige Gutachter gegen die Kläger gegen den Planfeststellungsbeschluss in Stellung gebracht. Ohne Skrupel kassieren Wowereit und Platzeck Steuergelder der von ihrem schändlichen Vorhaben Betroffenen, um sie dann in Millionenhonorare für Anwaltskanzleien und Gutachter gegen Bürger einzusetzen, die nichts anderes tun, als um ihr Recht zu kämpfen. In Wahrheit ist es ihnen auch egal, dass Bürger, die ihr Recht einklagen wollen, in den privaten Bankrott getrieben werden. Dabei hoffen sie noch Rechtsverfahren zu gewinnen, damit die Kläger ihnen ihre Durchsetzungswut dreimal bezahlen: Zuerst über Steuern, die sie einkassieren und dann über Rechts- und Gutachterkosten, die sie bei gewonnenen Gerichtsverfahren von den Klägern einfordern. Das nennen sie dann sozial- oder christdemokratisch oder sozialistisch und bürgerfreundlich.

Unser Spendenkonto für Bürger, die kämpfen wollen:
Konto-Nr.: 7188733004 bei der Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Allerdings gibt es andere Landesregierungen, die demokratischen Anstand und das Recht auf Waffengleichheit praktizieren. Da sollten sich Wowereit und Platzeck mal bei der nicht unbedingt als bürgerfreundlich bekannten CDU-Regierung in Hessen erkundigen. Da legt sich Ministerpräsident Koch schon fest, Nachtflug auf der neu geplanten Start und Landebahn des Flughafens Frankfurt am Main nicht zu genehmigen. Da werden 5 Millionen Euro, hälftig je aus Steuergeldern und aus Verpflichtungen der Flughafengesellschaft FRAPORT, für ein „Dialogforum“ bereitgestellt, damit die Betroffenen Gutachten erstellen lassen können und Mittel für ihren Abwehrkampf zur Verfügung haben. Zusätzlich stellen die ansonsten hoch verschuldeten betroffenen Frankfurter Umlandgemeinden für Rechtsvertretung und Gutachten jeden EURO zur Verfügung, der notwendig ist, um den Abwehrkampf nicht am Geld scheitern zu lassen. Nicht genug: Jetzt werden auch noch Lärmmess-Stellen von der FRAPORT finanziert, auf die die Betroffenen jeden Zugriff haben.

Lärmmess-Stellen gibt es auch hier, aber diese werden vom BVBB finanziert. Das Beispiel Frankfurt zeigt, was Anstand ist, wie Waffengleichheit zwischen Staat und Bürger annähernd hergestellt werden kann. In Berlin und Brandenburg wird das Gegenteil praktiziert.

Wer in diesem Staat Recht bekommen will, muss es sich leisten können!

Bisher haben die BVBB-Mitglieder, Spender und Kläger über 3 Millionen Euro im Kampf gegen den BBI in Schönefeld aufgebracht. Geld, das zu 95 % direkt eingesetzt wurde, weil der BVBB ausschließlich ehrenamtlich arbeitet und seine Funktionskosten bei nur 5% liegen.

Selbstverständlich wird ein Teil der für das juristische Verfahren und die Gutachter eingesetzten Gelder bei Entscheidung für uns Kläger zurückfließen. Aber dies erst nach Abschluss des Verfahrens, solange bleiben die Gelder gebunden.

Die FBS verkündet derzeit trotz roter Zahlen Investitionen in Millionengrößenordnungen zur Vorbereitung BBI bzw. **Plan C**, wie Grundwasserabsenkungen, archäologische Ausgrabungen in Diepensee oder den Bau eines neuen Terminal D. Ganz so, als hätte sie das Geld erwirtschaftet und nicht aus den bankrotten Haushalten ihrer Gesellschafter Berlin, Brandenburg und Bund bekommen.

Die Rechtmäßigkeit der FBS-Betriebsgenehmigung, des praktizierten Nachtfluges, der beabsichtigten Ausweitung des Fluggastaufkommens auf 7,4 Mio. Passagiere, des Baus des Terminal D und der Austragung von festgestellten Dioxinen durch Absenkung von Grundwasser in Badegewässer und Trinkwasserschutzgebiete stehen in höchstem Zweifel. Strafanzeigen des BVBB blieben erwartungsgemäß bisher ergebnislos, Klagen der Gemeinden blieben aus Geldmangel in der ersten Instanz hängen. Um gegen Unrecht vorzugehen, muss man den Klageweg beschreiten. Jedes einzelnes o.g. Vorgehen muss in einem selbständigen Rechtsverfahren, das seinen Weg durch die Instanzen nehmen muss, verfolgt werden. Die Aussichten darauf Recht zu bekommen, sind groß, wie jüngst in München, wo Gegner der gelockerten Nachtflugregelung für den Flughafen München mit Lärmschutzklagen vor dem Bundesverwaltungsgericht Erfolg hatten. Erfolg gibt es aber nur, wenn man es finanziell und konditionell durchhält. Kraft haben wir schon bewiesen. Ohne unsere Kraft gäbe es den Neubau zum Großflughafen schon! Kraft ohne Geld, sind aber Muskeln ohne Saft. Geld brauchen wir! Gutachter und Anwälte wollen bezahlt sein. Und jedes Gutachten fordert ein Gegengutachten, das dann auch wieder repliziert werden muss usw.

Politik und FBS spekulieren mit dem großen Geld der Steuerzahler darauf, dass die Betroffenen nur kleines oder kein Geld haben oder aufbringen können. Dies alles nach dem Totschlag- oder Wettrüstungsprinzip in der Hoffnung, dass der betroffene Bürger weder Zeit, Kraft noch Geld hat, in der Fülle und Ausdehnung der Verfahren sich über den mühseligen Weg durch die Instanzen zur Wehr zu setzen. Denn wo kein Kläger ist auch kein Richter.

Von Medien und Handel in Berlin-Brandenburg boykottiert!

"Warten auf die Sintflut" von Mathew D. Rose

(Gebundene Ausgabe - Transit Buchverlag, Erscheinungsdatum: September 2004, ISBN: 3887471962)

Gewohnt mutig und schonungslos analysiert Mathew D. Rose Denk- und Handlungsstrukturen der herrschenden politischen Kaste. An konkreten Beispielen macht Mathew D. Rose deutlich, dass von Politikern geschaffene komplizierte politische und ökonomische Strukturen das Land ausbluten lassen und die Demokratie vergewaltigen, dass Politik zum Lebensunterhalt und zur Bereicherung betrieben wird und wie wenige Parteisoldaten immer mehr in die eigene Tasche wirtschaften.

Er nennt die Namen und die Aktivitäten der Halunken, die als Gutmenschen mit sonntäglichen Kolumnen in Berliner Tageszeitungen moralisieren oder sich schon wieder auf vorderen Listenplätzen ihrer Parteien zur Bundestagswahl befinden. Damit ist auch klar, dass das Thema des Buches kein ausschließliches Berliner Problem behandelt, sondern diese als Berliner Filz bekannt gewordene Klügelwirtschaft symptomatisch für die Probleme der Bundesrepublik ist.

Treffend resümiert Mathew D. Rose: *"Auch die Diskussionen um den Flughafen Schönefeld zeugen von einer gewissen Realitätsferne. Das Land ist finanziell hoffnungslos verschuldet, will trotzdem einen neuen, teuren Flughafen bauen, wofür es aus gutem Grund keinen Privatinvestor gibt. Berlin teilt zwar die Kosten mit dem Bund und dem Land Brandenburg, Milliarden wird es trotzdem aufbringen müssen.....Bei dem Bau eines solchen Flughafens geht es auch um Millionen für Beraterverträge und hochdotierte Posten, die Berlins politischer Klasse zufallen werden. Das wird voraussichtlich für lange Zeit die letzte große Einnahmequelle sein".*

Mathew D. Rose zeigt am Berliner Beispiel, woran unser Gesellschaftssystem krankt und niedergeht. Das Buch liest sich spannend wie ein Krimi und veranschaulicht, dass die Realität noch viel schlimmer ist, als es sich die Phantasie ausmalen kann.